

EVELIN WITTICH

Wissenschaft und Technologie im 21. Jahrhundert.

3. Annual Oxford Forum in Cambridge/Massachusetts vom 11. bis 13. Juli 1998

Den Regierungen der industriell entwickelten Länder, vor allem aber deren Legislative, wird zu Recht nachgesagt, daß sie bezüglich der äußerst rasch voranschreitenden Entwicklungen auf dem Gebiet der modernen Technologien schon lange nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind. Die gesellschaftliche Realität zeigt, daß hier Gesetze und Vorschriften für eine nicht mehr existierende Welt vorherrschen. Angefangen vom Urheberrecht bis zur Standardisierung treffen Entwickler und Nutzer von Informationstechnologien, multimedialen Produkten oder der Biotechnologie auf Hindernisse. Nun sind gezielt aufgestellte Hindernisse für eine unkontrollierte Entwicklung durchaus akzeptabel und meines Erachtens auch notwendig. Die gemeinten Hindernisse sind aber Ausdruck für die bisherige Unfähigkeit auf parlamentarischer Ebene, flexibel und angemessen mit den modernen Technologien umzugehen – ganz gleich von welchem politischen Standpunkt aus betrachtet.

Evelin Wittich – Jg. 1950.
Promovierte Ökonomin.
Geschäftsführerin der
Gesellschaftsanalyse und
Politische Bildung e.V.
Berlin.

Um diese Situation allmählich zu verändern, haben die USA, das Vereinigte Königreich Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland das trilaterale Oxford Forum ins Leben gerufen. In diesem Jahr tagte es zum dritten Mal und beschäftigte sich mit den Komplexen Informationstechnologien, Biotechnologie und Ethik sowie Problemen der Klimaveränderungen.

In den Plenarveranstaltungen hielten Wissenschaftler der Harvard Universität und des Massachusetts Institute of Technology (MIT) sehr substanzielle Beiträge, die für die drei Arbeitsgruppen zu den o.g. Komplexen eine profunde Grundlage waren.

Der General Chairman und Moderator *Dr. John H. Gibbons* (ehemaliger Berater des Präsidenten der USA Bill Clinton für Wissenschaft und Technologie) bestimmte das Ziel des Forums, indem er zunächst darauf hinwies, daß die größten Erfindungen in diesem Jahrhundert immer auch für inhumane Zwecke eingesetzt wurden. Um künftig verheerende Wirkungen von Technologien zu verhindern, müssen internationale Regelungen gefunden werden. Notwendig dafür sind Problem- und Situationsanalysen sowie die Bestimmung und Diskussion der wichtigsten Fragen, die in den drei Ländern bei der Entwicklung und Nutzung der Technologien auftauchen, die sich weltweit am stärksten verbreiten und die gravierendsten Folgen haben. Die drei Teilnehmerländer könnten bei der Bearbeitung der Gesamtproblematik entscheidende Initiatoren sein und wichtige Vorarbeiten leisten.

Da der Diskussionsprozeß auf dieser Ebene noch am Anfang

steht, wurden zunächst folgende Fragen von Gibbons benannt, die intensiver diskutiert werden müssen: Wie können Kontrollen bei der Entwicklung und Nutzung o.g. Technologien eingeführt werden, um die Rechte und Freiheiten der Menschen zu gewährleisten? Wie kann ein Gespür für die Zukunft entwickelt werden und Strategien für globale Implikationen gefunden werden? Welche Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Lenkung gibt es? Inwiefern kann bzw. muß staatliche Souveränität aufgegeben werden und welche Rolle sollen künftig öffentliche Verwaltungen spielen?

Dr. David Clark (Massachusetts Institute of Technology), der den Expertenvortrag zu Informationstechnologien bestritt, beschrieb die rasante Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologien: In zehn Jahren ist eine 10 000 Mal so große Speicherkapazität der Computer zu erwarten, mindestens eine 100fache Ausstattung mit Computern, die Vernetzung dieser Technik wird für alle Menschen und alle Firmen technisch realistisch sein. Er zog daraus den Schluß, daß eine Deregulierung erforderlich ist, um diese Entwicklungen nicht zu behindern. Die Betrachtungsweisen der Menschen z.B. darüber, was mediale Kommunikation mit Informationstechnologien bedeuten kann, werden sich noch stärker ändern und manche Probleme können heute noch gar nicht umfassend wahrgenommen werden. Zum Beispiel das Problem der Vermischung von Technologien. So sind Kupferkabel und Koaxialkabel sowohl für den traditionellen Einsatz als auch für den Interneteinsatz geeignet. Es stellt sich die Frage, welche Gesetze gelten für welche Anwendungsgebiete einschließlich der Regelungen zur Standardisierung. Wie können verschiedene Regelungen für unterschiedliche Techniken und Technologien in Einklang gebracht werden? Denn es ist weder wünschenswert noch möglich, die eine Technologie komplett durch eine andere zu ersetzen. Die Kosten für eine Neuverkabelung der USA z.B. belaufen sich auf ca. 100 Milliarden Dollar. 40 Prozent der Häuser in den USA verfügen über einen Computer und die Veralterung vollzieht sich alle drei Jahre. Aber welcher private Nutzer würde für diese Neuverkabelung auf Breitband 1000 Dollar investieren? In Japan wurden mit staatlicher Unterstützung alle Wohnungen für mehr als 100 Mrd. Dollar mit Glasfaserkabel ausgestattet. Das hat sich bisher nicht rentiert. Clark vermutet, daß die Vermischung von Technologien künftig drastisch zunehmen wird.

Die Nutzungsmöglichkeiten des Internets spielten im weiteren eine besondere Rolle. Der Redner stellte die Frage, was gehört ins Internet und wofür ist es generell nutzbar? Zur Anwendung für Fernsehen und Telefon kommen die Möglichkeiten für Funk und im Grunde alle Medien hinzu. So ist es z.B. möglich, alle CD's, die je produziert wurden, über diese Dienste bereitzustellen. Daraus ergibt sich die Frage: Wie können geistiges Eigentum, die Privatsphäre und lokale Unterschiede geschützt werden und trotzdem die Globalisierung der informationellen Infrastruktur gefördert werden?

Als weitere zu diskutierende Probleme benannte Clark: Wie zuverlässig ist diese informationelle Infrastruktur überhaupt? Welche gesellschaftlichen Leistungen müssen dafür erbracht werden und wie sind die privaten Beteiligungen zu bestimmen? Können bzw.

Deregulierung wird hier auf vorhandene gesetzliche Regelungen zu modernen Technologien (z.B. Standardisierung) und ihre Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche verwendet, weniger im Sinne neoliberaler gesellschaftlicher Konzeptionen.

sollten Netze mit kryptographischen Mitteln geschützt werden? Was ist da technisch möglich und was gesetzlich erlaubt? Welches Bildungsniveau ist für diese technischen Entwicklungen notwendig? In welchem Maße muß standardisiert werden und was bedeutet das für Innovationen?

Das finanzielle Engagement der Regierungen für die Forschung beeinflusst bestimmte Entwicklungen ganz entscheidend. Regierungen müssen eingreifen, dürfen aber nicht blockieren. Er appellierte eindringlich an das Auditorium mit den Worten: »Wir sollten uns nicht wegbewegen aus einer Welt mit öffentlichen und privaten Interessen. Vieles verschiebt sich durch die modernen Technologien, ohne aber diese Werte prinzipiell in Frage zu stellen.«

In der anschließenden Diskussion wurde die Notwendigkeit grenzüberschreitender Lösungen betont, wenn auch eingeräumt wurde, daß viele Regierungen aus politischen Gründen vor exterritorialen Lösungen zurückschrecken werden. Ohne exterritoriale Lösungen werden die größten Probleme jedoch nicht lösbar sein.

Was muß als nächstes in der Kommunikationsindustrie erforscht werden, das aus gesellschaftlicher Sicht unverzichtbar ist und staatlich initiiert und gefördert werden sollte? Was bedeutet technisches Versagen bei übergroßer Komplexität z.B. der Netze für Warn- oder Rettungssysteme? Welche Katastrophen sind durch Software möglich, was ist da aus heutigen Erfahrungen vorstellbar? Was ist an internationaler Gesetzgebung notwendig, um die Warnschutzsysteme sicher zu halten? (Feuerwehr, Krankennotdienst, Katastrophenwarnsysteme usw.) Die Vorstellungen von Zukunft in diesem Zusammenhang sind keinesfalls klar.

Ebensowenig gibt es einigermaßen klare und seriös begründete Aussagen darüber, welche Grundversorgung für die Bevölkerung anzustreben ist?

Auf die Frage, wie der Datenschutz beim Internettransport gewährleistet werden kann, erwiderte Dr. Clark, daß bei guter Systemauslegung weniger staatliche Einflußnahme notwendig ist, daß es aber eine totale technische Lösung, die diesbezüglich alle Bedürfnisse erfüllt, nicht gibt. Dennoch erhalten die Techniker kaum derartige Vorgaben für in Auftrag gegebene Lösungen.

In der Arbeitsgruppe Informationstechnologien einigte man sich darauf, über die Rolle des Staates, die allgemeinen Zugangsmöglichkeiten zur Informationstechnik und die Bedeutung der Standardisierung zu debattieren.

Die mehrheitliche Meinung zur Problematik Standardisierung war, daß Standards, so wie sie sich traditionell entwickelt haben und angewendet werden, heute die Flexibilität der Entwicklungen behindern. Bevor aber effektive neue Formen zur Standardisierung gefunden sind, sollten sich die Regierungen auf diesem Gebiet zurückhalten. Die Regierungen wären gut beraten, sich darauf zu konzentrieren, z.B. solche Entwicklungen wie virtuelle Universitäten, die Graduierungsprogramme über Internet anbieten, zu fördern.

Häufig angesprochen wurde auch das Problem, wie die Unterschiede zu den Entwicklungsländern überwunden werden können. Konkrete Lösungsvorschläge wurden jedoch nicht diskutiert.

Lediglich die Feststellung wurde allgemein geteilt, daß in der Mehrheit der Entwicklungsländer die Informationsgesellschaft daran gemessen wird, wie groß die Entfernung zum nächsten Telefon ist.

Man einigte sich auf einige vordringliche Probleme, die von den Legislativen in den einzelnen Ländern behandelt werden müssen.

Die Entwicklung des Bildungswesens unter dem Gesichtspunkt der Einstellung auf die modernen Technologien muß als nationale Verantwortung wahrgenommen werden. Persönlichkeitsschutz, Rechtssicherheit, Schutz von Kindern sind Aufgaben, die die Regierungen beim Einsatz dieser Technologien wahrnehmen müssen, denn es gibt ein Recht der Bürger, die Regierungen mit diesen Schutzaufgaben zu betrauen.

Es geht außerdem darum, die internationale Öffnung reibungslos zu gewährleisten und Lösungen zu finden für die Art und Weise der internationalen Zusammenarbeit. Die Regierungen sollten auch ein starkes Interesse daran haben, neue Anwendungsgebiete erschließen zu helfen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Bei allen Lösungsansätzen sind drei Ebenen zu unterscheiden und auch verschieden zu behandeln: die internationale, die nationale und die lokale.

Zum Beispiel geht es in der Volksbildung darum, Medienkompetenz, digitale Kompetenz zu entwickeln und die Fähigkeit zum Umgang mit den verschiedensten Medien auszubilden. Universelle Dienste werden künftig eine große Rolle spielen und sollten vor allem im Gesundheits- und Bildungswesen entwickelt werden. Zu den Schwerpunkten auch der internationalen Verständigung gehört die Sicherheit der Informationssysteme, insbesondere die der relativ anfälligen Netze, die Datensicherheit, um Anonymität und Individualität zu schützen. Datenschutz und kryptographische Methoden sind da die Stichworte.

In der deutschen Enquete-Kommission »Deutschlands Wege in die Informationsgesellschaft« wurde folgende Position zur Anwendung kryptographischer Methoden zum Schutz von Netzen erarbeitet: Mit Hilfe der Kryptographie kann ein Grundrecht für Sicherheit in der Kommunikation nur bedingt gewährleistet werden, insbesondere nicht der Schutz vor fremden Geheimdiensten oder kriminellen Organisationen. Deshalb sind staatliche Filtersysteme nicht effektiv, anders als Teilnehmerfilter. Es muß auch ein freier Zugang zu Datenbanken möglich werden unter Berücksichtigung von Urheberrecht. Damit entfällt das Problem der Schlüssel hinterlegung kryptographischer Schlüssel bei staatlichen Institutionen oder Geheimdiensten.

In den USA gibt es unterschiedliche Auffassungen zur Nutzung kryptographischer Methoden. Einerseits vertreten viele die Auffassung, daß die Selbstregulierung das Problem lösen wird und eine staatliche Position nicht erforderlich ist, andererseits gibt es beim FBI und Geheimdienst erbitterte Diskussionen für die Anwendung dieser Methoden. Sie sollen zur Bekämpfung von Korruption und Kriminalität genutzt werden. Es liegt auch ein Gesetzentwurf vor, der z.B. den Zugang zu Schlüsseln regelt (Aufbewahrung bei der Bundesbank, Zugang nur für Richter usw.), aber bisher nicht

In der Kryptologie (Lehre von der Entwicklung und Bewertung von Verschlüsselungsverfahren zum Schutz von Daten) geht es darum, eine von einem Sender durch einen unsicheren (d.h. für Unbefugte zugänglichen) Kanal zu übermittelnde Nachricht (Klartext) so zu verschlüsseln, daß Unbefugte aus dem Schlüsseltext den Klartext nicht rekonstruieren können. Die Verschlüsselung beruht auf einer Verschlüsselungsfunktion, die jedem Klartext einen Schlüsseltext zuordnet und einer Entschlüsselungsfunktion, die umgekehrt Schlüsseltexte in Klartexte überführt. Da es sich bei den Klartexten meist um in natürlicher Sprache geschriebene Texte handelt, liegt den Ver- und Entschlüsselungsfunktionen eine Vorschrift zugrunde (Schlüssel), wie einzelne Buchstaben zu ver- und entschlüsseln sind.

Die Möglichkeit, eine Information zu verschlüsseln, entspricht etwa der, einen Briefumschlag zuzukleben. Einige Politiker wollen das grundsätzlich verbieten, andere verlangen, daß der Entschlüsselungscode (NSchlüssel) bei einer Behörde hinterlegt werden muß. Das entspricht etwa der Pflicht, einen Zweitschlüssel für den privaten Briefkasten bei der Polizei zu hinterlegen, um eine jederzeitige Postkontrolle zu ermöglichen.

Der normale Computer- und Netznutzer bzw. Nutzerin kann es schon als Terror empfinden, wenn Betriebssystem und Arbeitsmöglichkeiten durch Viren lahmgelegt werden, wenn ständig neue Antivirenprogramme angeschafft werden müssen. Aber gerade in den USA machen sich anarchische Geister ein Vergnügen daraus, Verschlüsselungsmethoden zu entwickeln und dem Publikum kostenlos anzubieten. Damit kann sich jede/r ein eigenes »Schloß« basteln. Möchte eine Behörde (oder Dienst) sich heimlich einen »Nachschlüssel« verschaffen, muß sie dafür einen großen Rechenaufwand (z.B. Primzahlensuche) betreiben.

behandelt wurde. Wissenschaftler lehnen diese Vorgehensweise ab. Es liegt ein Bericht von mehr als zwanzig Seiten über kryptographische Möglichkeiten vor.

Die deutsche Position lehnt staatliche Schlüssel ab, das britische Parlament befaßt sich mit dieser Frage. In der Diskussion wurde betont, daß es nicht darum geht, über Codes und Schlüssel zu streiten, sondern das Problem zu lösen. Die Sicherheitsorgane in Deutschland haben die gleichen Forderungen gestellt wie das FBI. Aber Kriminelle finden auch Möglichkeiten, Schlüssel zu umgehen, auszuschalten, selbst aufzuschlüsseln. Ein System von Schlüsseln fördert die Cyberkriminalität, außerdem werden internationale Zugänge blockiert und es gibt ein enormes Kostenproblem.

Zu den Sicherheitsfragen gehört auch der Schutz des Internets vor Stromausfall. Teenager starten ständig Angriffe, was gern als Cyberterror bezeichnet wird.

Klar ist, daß gesichert werden muß, daß Saboteure das Netz nicht zerstören können. Im Repräsentantenhaus, im Bundestag sowie im britischen Parlament ist das Internet durch Schlüssel geschützt. Auch innerhalb des MIT gibt es kryptographischen Schutz, aber weniger gegen fremde Geheimdienste, sondern vor allem gegen die eigenen Studenten.

Einen relativ breiten Raum nahm die Diskussion zu den allgemeinen Zugangsmöglichkeiten zu den Informationstechnologien ein. Auf diesem Gebiet muß die Kluft zwischen den »haves« (Wohlhabenden) und den »have nots« (Habenichtsen) geschlossen werden. Wie das praktisch geschehen kann, darüber muß in den drei Ländern und zusammen noch intensiv diskutiert werden. In Kanada gibt es inzwischen in jeder öffentlichen Bibliothek und in jedem Klassenzimmer einen Computer mit Internetanschluß. Das ist sicher ein wichtiger Schritt, tangiert aber nur relativ wenige Menschen.

Es wurde auch die Auffassung vertreten, daß gerade diese Technologien es besonders ermöglichen, die Kluft zwischen den haves und den havenots zu überwinden. Wie das möglich sein soll, wurde nicht weiter erläutert. Es stimmt insofern, daß WissenschaftlerInnen in Entwicklungsländern leichter an das Herrschaftswissen der Industrieländer herankommen. Wenn die Aussage aber bedeuten soll, soziale Ungleichheit lasse sich dadurch überwinden, daß ein Computer ins Obdachlosenasyl gestellt wird, so ist das neoliberaler Unsinn.

Was bedeutet eigentlich Medienkompetenz, war ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion. Die Schüler können zum großen Teil schon im Netz surfen und sich Informationen beschaffen. Es ist aber ein weiterer Schritt, Informationen in Wissen zu verwandeln. Wie gehen sie aber mit den Informationen um? Analysen sagen aus, daß viele Kinder große Schwierigkeiten haben, komplexe Probleme zu lösen. Kann das Internet stärker dahin entwickelt werden und gibt es realistische Ansätze, daß auch Kreativität und die Fähigkeit zu Problemlösungen herausgefordert werden. Das ist eine Frage, die nicht unabhängig von der technischen Seite beurteilt werden sollte. Natürlich ist klar, daß es zuerst immer darum geht, die technischen Möglichkeiten zu verstehen, dann die Technik zu bedienen und dann Probleme zu lösen.

Aufgeworfen wurde auch die Frage digitalen Geldes. Dazu ist

aber noch ein erheblicher Forschungsaufwand notwendig. In welcher Weise wird die Kommunikation zwischen den Menschen durch diese Technik verändert? Der immer wieder angeführte Vergleich der Informationstechnik mit Gutenbergs Erfindung des Buchdrucks wurde auch hier bemüht. Vieles wird in den Dimensionen für die menschliche zivilisatorische und kulturelle Entwicklung damit vergleichbar sein. Die Frage ist: wie können gesellschaftliche Bindungskräfte im Informationszeitalter aussehen? Welche gesellschaftlichen Konsequenzen ergeben sich aus der eindeutigen Benachteiligung eines großen Teils der Bevölkerung?

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht notwendig sei, ein gesondertes Gremium zur Diskussion all dieser Fragen zu schaffen. Voraussetzung ist aber ein globaler Ansatz für ein solches Gremium, denn ohne eine gewisse internationale Abstimmung und Vereinheitlichung wird es nicht gehen. Es wären sogar Handelskriege zu befürchten, wenn es keine internationalen Vereinbarungen gibt.

Zu klären ist auch, wo ein solches Gremium angesiedelt sein sollte. Als Vorschlag wurde die Gründung einer internationalen Kommission vorgetragen, die unabhängig ist (die WHO wäre nicht der geeignete Ort) und nur eine zeitlich begrenzte Arbeitsdauer hat – ähnlich wie die Brundtland-Kommission zur Nachhaltigkeit. Dieser Vorschlag wurde allgemein positiv aufgenommen und als ein Ergebnis der Sitzung festgehalten.

Vor allem Probleme wurden auf dieser Konferenz angesprochen, gewichtet und diskutiert. Konkrete Lösungsansätze waren bestenfalls zu erahnen. Bezogen auf die rasante technische Entwicklung ist es schon ernüchternd, wieweit die Politik, besonders auch die internationale Politik zurück ist, diese Entwicklungen im Sinne ihres jeweiligen politischen Ansatzes zu beeinflussen und wie es so gern gesagt wird, zum Wohle der Menschen zu nutzen. Angenehm war die Offenheit gegenüber allen Rednerinnen und Rednern, gleich welche politische Richtung sie vertraten, während der gesamten Konferenz. Und natürlich liegt der Reiz solcher Veranstaltungen auch darin, verschiedenen Persönlichkeiten zu begegnen, mit ihnen ungezwungen reden zu können und andere aber auch der eigenen ähnliche Sichtweisen zu vernehmen.

Während unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei den Themen Informationstechnologie und Biotechnologie weitgehend gemeinsame Fragestellungen und auch gemeinsame Lösungsansätze bzw. Zukunftsperspektiven festgestellt werden konnten, war bei dem Thema Klimawechsel ein unterschiedlicher europäischer und amerikanischer Ansatz unverkennbar. Dies wurde bei der abschließenden Veranstaltung in Washington im State Department (auf Einladung von Außenministerin Albright, die sich aber kurzfristig vertreten lassen mußte) durch Speaker *Newt Gingrich* noch einmal klar herausgestellt. Bei diesem letzten offiziellen Tagesordnungspunkt des 3. Oxford Forums wurden auf eine zum Teil ernüchternde Art und Weise die Differenzen einerseits zwischen den USA und Europa, aber auch in den USA selbst zwischen Republikanern und Demokraten deutlich. Gingrich ist als Person und Republikaner entscheidend dafür verantwortlich, daß in den USA

die staatliche Technikbewertung abgeschafft wurde. Bei aller Wertschätzung, die er dem trilateralen Forum entgegenbrachte, kam seine ablehnende Haltung gegenüber dem Grundansatz des Forums deutlich zum Ausdruck. Er erklärte, daß Regelungen, die für Europa annehmbar sind, für die USA undenkbar wären, da hier ein anderer Freiheitsbegriff herrsche. Die Entwicklung von Technologien könne in keiner Weise reglementiert werden, da sonst Innovationen behindert würden. Natürlich müsse viel für die Volksbildung getan werden, um breite Chancen für Innovationen und damit Wettbewerbsfähigkeit der USA zu erhalten und weiter zu eröffnen. Deshalb wird ein Konzept erarbeitet, nach dem jedes amerikanische Kind einen Computer zur Verfügung haben soll. Die Computerindustrie hat sich bereit erklärt, leistungsfähige Computer zum Stückpreis von 230 \$ dafür zu produzieren. Im übrigen – so brüskierte er das Auditorium – sei die Vernetzung per Internet soweit fortgeschritten, daß solche Konferenzen eigentlich per Internet stattfinden könnten und die enormen Kosten dafür eingespart werden sollten. Trotz des Standes der Technik überschätzt er da die Möglichkeiten einer Internetkonferenz mit ca. 100 TeilnehmerInnen.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie in diesem Jahrhundert hat den Menschen viele segensreiche Erleichterungen im Leben gebracht, ihre Leben verlängert und ihre Mobilität entscheidend erhöht, fuhr er fort. Auch nachteilige Wirkungen seien in den Griff zu bekommen, nicht zuletzt durch die technologische Entwicklung selbst.

Auf dem Gebiet des Artenschutzes z.B. kann durch Gentechnik viel bewirkt werden. Wenn es dazu noch ein hochentwickeltes System von Nationalparks gibt, wie in den USA, die auf diesem Gebiet ja führend sind, kann der Artenschutz in hohem Maße gewährleistet werden. Die USA würden aus diesem Grund am liebsten Gebiete wie Borneo aufkaufen. Leider sind die Bedingungen dafür international nicht gegeben, bedauerte Gingrich.

Zum dritten Komplex des Forums, den Klimaveränderungen, merkte er an, daß er sich bei mehreren Wissenschaftlern über die Situation informiert habe. Im Ergebnis konnte ihm keiner von ihnen sagen, in welcher Weise, mit welchem Tempo und ob überhaupt eine Klimaveränderung durch zu hohen CO₂-Ausstoß mit Sicherheit erfolgen würde. Deshalb sei Panik unangebracht. Entgegnungen eines britischen und deutschen Experten wehrte er kurz ab.

Diese Auffassungen werden vom Sprecher des Repräsentantenhauses vertreten in einem Land, dessen Vizepräsident Al Gore als eindringlicher Kritiker der gegenwärtigen Zivilisationskrise bekannt ist. Die Konflikte, die allein auf diesem Gebiet zwischen dem Weißen Haus und dem State Department erkennbar werden, machen deutlich, welche Kluft zwischen dem Engagement für Zukunftsfragen beim Vizepräsidenten und konservativer Ignoranz und Beharrungsvermögen bei den Republikanern liegt. Da sich deren Meinung bei den international vertretenen Positionen der USA durchgesetzt hat, gibt es die Diskrepanz zwischen Europa und den USA besonders bei der Klimaproblematik. Unter diesen Bedingungen wird es schwierig sein, international eine auf Nachhaltigkeit orientierte Politik ernsthaft in Angriff zu nehmen.